

Handelsmonopole für Gemeinden

Beginn der Schöneberger Stabsberatung.

In der gestrigen Sitzung der Schöneberger Stadtverordneten-Versammlung wurde über den von uns bereits erwähnten Antrag bezüglich der kaufmännischen Betätigung der Stadt nach dem Kriege beraten. Stadtverordneter Jobel (lib. Fraktion) wies darauf hin, daß Staat und Gemeinde nach dem Kriege mit ganz außerordentlichen finanziellen Lasten belegt würden. Bedeutende Kommunalpolitiker wie Leon, Georg Bernhard, Paul Hirsch, Hugo Lindemann u. a. seien zu dem Ergebnis gekommen, daß durch höhere Steuerzuschläge für die Gemeinden auch nicht annähernd mehr soviel herauszuholen sein wird, um die während des Krieges aufgenommenen Schulden zu tilgen oder die erforderlichen neuen Anleihen zu verzinsen und zu amortisieren. Es bleibe also nichts weiter übrig, als daß die Gemeinden die Handelsmonopole mit den wichtigsten Lebens- und Genussmitteln aus der Kriegs- in die Friedenswirtschaft hindübernehmen. Dies könne in der Weise geschehen, daß die Gemeinden sich rechtzeitig die erforderlichen Versorgungsgebiete sichern und unter Ausdeutung derjenigen Stellen, die bis jetzt den Uebergang der Waren vom Produzenten bis zum Kleinhändler bewirkt und verteuert haben, die Erzeugnisse an die Kleinhändler, Konsumvereine, Beamten-Wirtschaftsvereine, städtische Verkaufsstellen usw. abfließen. Auf diese Weise würde die Bevölkerung die Nahrungsmittel billiger erhalten und trotzdem könnten erhebliche Einnahmen der Stadtkasse zufließen. Eine derartige Organisation könne natürlich nicht bürokratisch geleitet werden, sondern müsse einem Lebensmittelbeschaffungsamte unterstellt sein, das von erfahrenen Kaufleuten geleitet wird, denen praktische Angestellte zur Seite zu geben sind. Die Kleinhändler würden also, wenn solche Maßnahmen sich als durchführbar und rentabel erweisen, in Zukunft sich an die Stadt als den Großhändler wenden und hier sicherlich das größte Entgegenkommen finden. Dieser Gesichtspunkt gewinne namentlich an Wert, wenn man in Betracht zieht, daß viele Existenzen infolge des Krieges vernichtet sind aber mit städtischer Hilfe wieder neu entstehen könnten. Es liegt daher die Petition des Reichsverbandes deutscher Feinloshändler, Kolonialwaren- und Lebensmittelhändler, die sich gegen den geplanten Regiebetrieb richtet, nicht im Interesse der Kleinhändler und des kaufenden Publikums, sondern sie vertritt lediglich den Standpunkt der Zwischen- und Kettenhändler.

Schließlich wurde folgender Antrag zur Abstimmung eingebracht:

1. Die Versammlung ersucht den Magistrat, die im Frieden bereits geschaffenen Einrichtungen für die Versorgung der Bürgerschaft, insbesondere die Seefischhalle, zunächst weiter auszubauen.
2. Zu erwägen und sobald als möglich bestimmte Vorschläge zu machen, welche anderen Zweige der Versorgung mit Lebens- und Genussmitteln zweckmäßig von der Stadtgemeinde übernommen werden können, um durch unmittelbaren Bezug die Versorgung und Ernährung der Bürgerschaft ausreichend und wohlfeil zu gestalten.

Gegen eine geringe Minderheit fand dieser Antrag die Zustimmung der Versammlung.

Aus dem weiteren Verlauf der Versammlung ist die Stabsberatung hervorzuheben, die dem zweiten Bürgermeister Nachowicz Gelegenheit zu längeren Ausführungen gab. Der große Mehreinnahmen an Steuern im laufenden Jahre ständen ebenso bedeutende Mehraufwendungen auf vielen Gebieten gegenüber. Hierzu käme, daß der Stadt an reinen Kriegsausgaben, die sie selber decken müsse, schon 17 Millionen M. entstanden seien. Unter diesen Verhältnissen lasse sich eine Erhöhung der Gemeindesteuer von 170 auf 190 v. H. nicht umgehen. Stadtrat Jobel erklärte für die Liberale Fraktion, daß sie notgedrungen der Steuererhöhung zustimmen werde, wenn die Beratungen des